

Ökonomische Aspekte der Aufrüstung

Daniel Witzani-Haim*

ZUSAMMENFASSUNG

Steigende Militärausgaben entfalten vergleichsweise geringe Wachstums- und Beschäftigungseffekte, während Kriege erhebliche ökonomische und gesellschaftliche Schäden verursachen. Aufgrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine und geopolitischer Unsicherheiten hat sich die europäische Sicherheits- und Fiskalpolitik stark auf Aufrüstung refokussiert. In diesem Beitrag werden die ökonomischen Perspektiven auf Rüstung und Krieg sowie aktuelle Entwicklungen der europäischen und österreichischen Verteidigungspolitik dargestellt. Wir widmen uns der Frage, wer vom aktuellen Rüstungsboom profitiert und wer ihn wie finanziert bzw. zu finanzieren hätte. Abschließend diskutieren wir, welche Rolle die Rüstungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht einnehmen kann.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Verteidigung, Rüstung, Militarisierung, öffentliche Haushalte

DOI

10.59288/wug522.5-17

Einleitung

Europa rüstet auf. Mit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine im Februar 2022 änderte sich die öffentliche Wahrnehmung von Kriegsrisiken massiv. Hinzu kommen geopolitische Unsicherheiten, insbesondere durch die belasteten transatlantischen Beziehungen unter der US-Präsidentschaft von Donald Trump. Langjährig neutrale Staaten wie Schweden oder Finnland sind der NATO beigetreten, und in der europäischen Sicherheits-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist eine

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

bemerkenswerte Reorientierung erfolgt. Während Anstrengungen im Kampf gegen die Klimakrise oder für den Ausbau sozialer Sicherheit abgeschwächt oder verschoben werden, erhalten militärische Ausgaben höchste Priorität. Auch in Österreich – neben der Schweiz, Irland und Malta eines der wenigen neutralen Länder Europas – stellt sich die Frage, wie viel Rüstung für eine effektive Landesverteidigung nötig ist.

Rüstungsausgaben schaffen keinen Wohlstand, sondern fungieren für ein neutrales Land wie Österreich als Versicherung. Im Idealfall kommen die aufgebauten militärischen Fähigkeiten und Waffensysteme nie zum Einsatz. Lediglich im Bedrohungsfall sollen ausreichend militärische Kapazitäten zur Landesverteidigung zur Verfügung stehen bzw. einen potenziellen Aggressor abschrecken (ob eine solche Bedrohung besteht, wird in diesem Beitrag nicht beurteilt). Die Ausgaben für militärische Angelegenheiten in Österreich steigen stark an, von 2,4 Mrd. Euro 2021 auf 5,4 Mrd. Euro laut aktueller Budgetplanung 2029. Obwohl sich die Militärausgaben also bereits mehr als verdoppeln sollen, wird dieser Anstieg auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung jenseits des Finanzministeriums wenig hinterfragt. Vielmehr droht eine Regierungskonflikt im Herbst, weil die Verteidigungsministerin auf zusätzliche Milliarden für neue Kampfjets besteht.

In der aktuellen Debatte wird häufig vorausgesetzt, dass die Verteidigungs- und Rüstungsarchitektur in der Europäischen Union mangelhaft sei und dass aktuelle Herausforderungen mehr Rüstungsausgaben notwendig machen würden – obwohl die Größenordnungen auf den ersten Blick gar nicht so eindeutig sind. In den Hintergrund rücken die Folgen von Aufrüstung und Krieg: Da ist zunächst die naheliegende Frage, wie ein groß angelegtes Ausgabenprogramm zu finanzieren ist. Weiters stellt sich die Frage, wer letztlich in einem Heer unter welchen Bedingungen zu arbeiten, zu kämpfen und gegebenenfalls zu sterben hat. Hinzu kommen die Gefahren der Einschränkung oder Abschaffung wichtiger Elemente des Arbeitsrechts und demokratischer Institutionen in Kriegszeiten oder in Vorbereitung auf einen Krieg, die Zerstörung von Lebensgrundlagen und die Langzeitfolgen von Konflikten, die Gefahr der Militarisierung von Gesellschaften und die damit einhergehende Stärkung von Nationalismus sowie drohende Rückschläge für demokratische, emanzipatorische oder feministische Politik – selbst wenn Aufrüstung mit der Verteidigung dieser Werte gerechtfertigt wird.

Der Fokus dieses Editorials liegt auf den ökonomischen, fiskal- und verteilungspolitischen Aspekten von Aufrüstung. In diesem Beitrag fassen wir zunächst die ökonomische Sicht auf Rüstung und Krieg zusammen. Anschließend bieten wir einen Überblick über die europäischen und österreichischen Rüstungsausgaben. Wir widmen uns der Frage, wer vom aktuellen Rüstungsboom profitiert und wer ihn wie finanziert bzw. zu finanzieren hätte. Abschließend diskutieren wir, welche Rolle die Rüstungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht einnehmen kann.

Rüstung und Krieg in der ökonomischen Theorie

Grundsätzlich wird Landesverteidigung in der ökonomischen Theorie als öffentliches Gut gesehen. Die Bereitschaft zu höheren Staatsausgaben für Rüstung entspricht insbesondere in der Neoklassik der Präferenz der Bevölkerung für Sicherheit. Kritischere Denkschulen betonen hingegen die Rolle militärisch-industrieller Komplexe, also der Verbindung zwischen Industrie und Verteidigung, und den (negativen) Einfluss der Rüstungsindustrie auf Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Historisch wurden Rüstungsausgaben im Sinne einer Kriegsprosperität häufig positiv gedeutet (Allio 2020): Sie würden die staatliche Nachfrage im Sinne eines Militärkeynesianismus stärken, Arbeitslosigkeit dämpfen und somit ökonomischen Krisen entgegenwirken. Rüstung treibe technologische Forschung voran, die zu zivilen Spin-offs und weiteren Innovationen führe. In Überproduktionskrisen wiederum vernichten Kriege Überschusskapazitäten.

Die Frage der Finanzierung der Aufrüstung wird häufig durch die Brille des Opportunitätskostenansatzes im Sinne von „Kanonen oder Butter“ diskutiert. Zwar besteht die Gefahr, dass öffentlich finanzierte Militärausgaben zu Kürzungen in anderen Bereichen, insbesondere im Sozialbereich, führen – nicht zuletzt, wenn diese aufgrund der Konsolidierung öffentlicher Haushalte ohnehin unter Druck stehen. In der Vergangenheit wurden Rüstungsausgaben und Kriege jedoch meist durch Schulden, Notenbankfinanzierung oder in Friedenszeiten nicht vorstellbare Steuererhöhungen finanziert. Die ökonomische Debatte um Kriegswirtschaft war historisch daher weniger auf die Finanzierung als auf die Ressourcenmobilisierung konzentriert – also auf die Frage, wie die private Konsumnachfrage zugunsten der öffentlichen Kriegsnachfrage temporär eingeschränkt werden kann (Keynes 1940).

Ebenso wurde der Sozialstaat vor, während und insbesondere nach Kriegen eher ausgebaut – nicht zuletzt zur Versorgung von Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, die in Österreich nach den zwei Weltkriegen jeweils fast 8 % der Bevölkerung ausmachten. Diese Sozialleistungen dienten als Vorläufer für die Ausgestaltung moderner Sozialpolitik (Obinger 2018, 95). Positiv kann hinzukommen, dass die nach der Aufrüstung mobilisierten Ressourcen für neue Verwendungen frei werden, die für einen Ausbau des Sozialstaates verwendet werden können (in kleinerem Ausmaß als „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Kriegs diskutiert).

Federle et al. (2026) haben die Folgen von 694 kriegerischen Konflikten im Zeitraum von 1870 bis 2023 analysiert. In Kriegen zwischen Staaten beliefen sich die durchschnittlichen menschlichen Verluste (tot, vermisst, verwundet, in Kriegsgefangenschaft) auf 3,5 % der Vorkriegsbevölkerung, in anderen Kriegen auf 0,7 %. Ökonomisch betrachtet bricht in einem durchschnittlichen Krieg die Wirtschaftsleistung im betroffenen Land um ein Zehntel ein, die Verbraucherpreise steigen um

20 %, Teile des Kapitalstocks werden vernichtet, und kurzfristig geht dementsprechend auch die Produktivität zurück. Auch andere Länder, die mit dem von Krieg betroffenen Land Handel treiben oder eine Grenze teilen, sind stark betroffen.

Von gestiegenen Militärausgaben in Friedenszeiten gehen – zumindest bisher in der EU – geringere Beschäftigungs- und Innovationseffekte aus, als häufig angenommen wird. Krebs und Kaczmarczyk (2025) berechnen, dass der fiskalische Multiplikator für Militärausgaben sehr niedrig und maximal 0,5, möglicherweise sogar nur 0 betragen könnte. Der Multiplikator ist dann niedrig, wenn die Importquote hoch ist (etwa aktuell in der EU aufgrund der Abhängigkeit von den USA), Produktionskapazitäten bereits stark ausgelastet sind und der Wettbewerb durch intransparente Beschaffungsverfahren eingeschränkt wird. Der Beschäftigungseffekt von Militärausgaben ist zudem weitaus niedriger als bei Ausgabensteigerungen im Gesundheits- oder Sozialbereich. Potenziell negative Produktivitätseffekte ergeben sich zudem durch längere Wehrdienstzeiten oder Milizübungen, durch die (männliche) Beschäftigte dem zivilen Arbeitsmarkt temporär entzogen werden.

Rüstungsausgaben in der EU und in Österreich

Die Rüstungsausgaben der EU-Mitgliedsstaaten sind von 2014 bis 2024 real um 81 % auf 343 Mrd. Euro gestiegen, für 2025 ist eine Steigerung um weitere 11 % prognostiziert. Die Militärausgaben würden damit über 2 % des EU-BIP betragen (European Defence Agency 2025, 4–5). Im Vergleich dazu beliefen sich die US-amerikanischen Ausgaben auf 845 Mrd. Euro, die chinesischen auf 250 Mrd. Euro und die russischen auf 107 Mrd. Euro (kaufkraftbereinigt ca. 234 Mrd. Euro). 2024 unterhielten die EU-Mitgliedsstaaten Heere mit ca. 1,3 Millionen Soldat:innen (der Großteil davon in NATO-Mitgliedsstaaten, die Streitkräfte der Nicht-NATO-Mitgliedsstaaten Österreich, Zypern, Irland und Malta summierten sich auf 44.000 Soldat:innen), die Streitkräfte der USA umfassten ebenfalls 1,3 Millionen Soldat:innen. Auch Russland hatte 2024 auf dem Papier ca. 1,3 Millionen Soldat:innen, wobei unklar ist, wie hoch die Verluste im Krieg gegen die Ukraine waren und wie viele davon ersetzt werden konnten (The New Union Post 2026). Wenn die EU bereits jetzt um fast 50 % mehr ausgibt als Russland, kann die Lösung nicht einfach noch mehr Geld sein, um eine angeblich geringe Verteidigungsfähigkeit auszugleichen.

Unter dem Stichwort der „defence readiness“ haben der Europäische Rat und die Europäische Kommission in den letzten Jahren trotzdem einer weiteren Aufrüstung Priorität eingeräumt. Der Europäische Rat einigte sich im März 2025 darauf, auf EU-Ebene vor allem die Entwicklung von Luft- und Raketenabwehr, weitreichenden Artilleriesystemen, Flugkörpern und Munition sowie Drohnen und Drohnenabwehrsystemen, strategische Enabler (auch für den Weltraum), den Schutz kritischer Infrastrukturen, militärische Mobilität, Cyber-Fragen, künstliche

Intelligenz und elektronische Kampfführung voranzutreiben (Europäischer Rat 2025). In den länderspezifischen Empfehlungen für 2025 und 2026 wurden den Mitgliedsstaaten erstmals eine Ausgabensteigerung für Verteidigung und eine Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft empfohlen. In der EU-Fiskalpolitik sind durch die Nationale Ausweichklausel für Verteidigungsausgaben, durch Kreditgewährungen sowie die Reorientierung der Europäischen Investitionsbank mehrere Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen worden.

In Summe sollen durch den ursprünglich „ReArm Europe“ genannten Plan, der nach spanischen und italienischen Protesten in „Readiness 2030“ umbenannt wurde, 800 Mrd. Euro für Rüstung mobilisiert werden, darunter 150 Mrd. Euro in Form von Krediten durch das neue SAFE-Instrument. Zum Vergleich: Das Volumen der Aufbau- und Resilienzfazilität, durch die den EU-Mitgliedsstaaten Zuschüsse und Darlehen für Investitionen für sechs Jahre bereitgestellt wurden, die vor allem die grüne und digitale Transformation vorantreiben sollten, belief sich ursprünglich auf 724 Mrd. Euro, wobei voraussichtlich nur 577 Mrd. Euro ausgegeben werden (Feigl et al. 2026, 38). Der Aufrüstungsplan wird neben Sicherheitsaspekten vor allem mit mehr Wachstum, technologischen Dynamiken und Beschäftigung gerechtfertigt (Serfati 2025). Während für die konservativen Mehrheiten in der EU eine Abkehr von den ökonomisch nicht zu rechtfertigenden Fiskalregeln nur in Krisenzeiten wie während der COVID-Pandemie infrage kam, werden nun Ausnahmen für den Rüstungsbereich gemacht. Im größten Mitgliedsstaat Deutschland ging der ökonomische Dogmatismus so weit, dass man erst im Rahmen der Ukraine-Unterstützung feststellen musste, dass in den Regelungen zur Schuldenbremse keine Ausnahme für Kriegsfälle enthalten war.

In Österreich präsentierte der Generalstab des Bundesheeres 2022 den „Aufbauplan 2032“. Die damalige schwarz-grüne Bundesregierung sowie die derzeitige Koalition einigten sich darauf, diesen aktiv voranzutreiben und die Verteidigungsausgaben von damals 0,6 % bis 2032 auf 2 % des BIP zu erhöhen (Bundeskanzleramt 2025). Die historisch niedrigen Militärausgaben Österreichs beruhen nicht zuletzt auf einem Verständnis von Neutralität, die im Ernstfall nicht durch Waffengewalt allein verteidigt werden kann. Eine Erhöhung des Wehretats kann zum Trugschluss einer scheinbaren Wehrfähigkeit führen. Gerade in Zeiten öffentlicher Konsolidierungen sollten Alternativen diskutiert sowie die Frage geklärt werden, welches Verständnis von Neutralität und Friedenspolitik konsensfähig ist, ohne auf Schein-Verteidigungsfähigkeit zu setzen.

Im neuen Budget plant das Finanzministerium mit einem unveränderten BIP-Anteil von 0,9 % für die Verteidigung in den Jahren 2027-2031 – und damit weit unter der politischen Zielgröße von 2 % des BIP. Die größten geplanten Ankäufe umfassen 225 in Österreich produzierte Radpanzer zum Mannschaftstransport um 1,8 Mrd. Euro bis 2032, Lkws und Ladesysteme um 0,7 Mrd. Euro bis 2028, zwölf

Black-Hawk-Hubschrauber aus den USA um 0,7 Mrd. Euro bis 2028, 36 leichte Hubschrauber aus Italien um 0,8 Mrd. Euro bis 2028, vier Transportflugzeuge aus Brasilien um 1 Mrd. Euro bis 2030 (Bundesministerium für Landesverteidigung 2025) sowie zwölf Leonardo-Trainingsjets aus Italien um 1,5 Mrd. Euro (ORF 2025).

Rüstungsindustrie in Österreich

Laut Industriemagazin erwirtschaften die 150 Unternehmen der österreichischen Rüstungsindustrie im engeren Sinne ca. 3,3 Mrd. Euro Umsatz jährlich (Arnold 2025). Führende Unternehmen sind Glock (Pistolen), Steyr Arms (Sturm- und Scharfschützengewehre), Hirtenberger (Mörsermunition), Schiebel (Drohnen), Rheinmetall ARGES (Granatmunition), Airborne Technologies (Luftgestützte Überwachungssysteme) sowie General Dynamics (Radpanzer) in Wien. Der überwiegende Anteil der Produktion wird exportiert – trotz Neutralität, die Waffenlieferungen rechtlich aus gutem Grund einschränkt.

Rüstungsproduktion im weiteren Sinne findet jedoch auch durch Unternehmen statt, deren Güter durch Dual-Use sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Besonders im Kontext der Exportkontrolle führt dies zu großen Herausforderungen. Zuletzt medial debattiert wurde der Fall von Motoren in Drohnen, die unter anderem im Gaza-Krieg durch die israelische Armee zum Einsatz kamen, sowie in iranischen Drohnen, die von Russland im Ukraine-Krieg eingesetzt wurden. Die Drohnenmotoren stammten höchstwahrscheinlich aus österreichischer Produktion, deren Exporte nach Israel waren jedoch nicht genehmigungspflichtig (Löw 2025).

In der Industriestrategie wird die Optimierung und Beschleunigung der Exportkontrolle für Kriegsmaterial, Militär- und Dual-Use-Gütern als Maßnahme angeführt, eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes war zum Zeitpunkt der Endredaktion noch in Begutachtung. Vonseiten der Arbeiterkammer wurde im Begutachtungsverfahren jedoch kritisiert, dass nicht gelistete Dual-Use-Güter weiterhin keiner Genehmigungspflicht unterliegen, selbst „wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eine militärische Endverwendung mit erheblichen Risiken im Hinblick auf Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht zu erwarten ist“ (Gruber 2026).

Während die meisten österreichischen Rüstungsunternehmen heute im Besitz privater Eigentümer:innen sind, war die Rüstungsindustrie früher größtenteils Bestandteil der Verstaatlichten Industrie. Sie wurde insbesondere in den 1980er-Jahren als Teil einer Diversifizierungsstrategie zur Beschäftigungssicherung eingesetzt. Mitte der 1980er-Jahre waren ca. 15.000 Beschäftigte direkt oder indirekt von der Waffenproduktion abhängig (Riegler 2016, 101), vor allem in

Tochtergesellschaften der damaligen VOEST-Alpine wie der Noricum Maschinenbau- und Handelsgesellschaft m.b.H. und der Hirtenberger Patronen, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik AG sowie in der Steyr-Daimler-Puch AG, die sich im mehrheitlichen Besitz der damals staatlichen Creditanstalt befand. Auch damals war der Exportanteil hoch, und trotz Österreichs Neutralität fanden viele Waffen direkt oder indirekt ihren Weg in Länder, in denen sie in kriegerischen Auseinandersetzungen oder im Kampf gegen die eigene Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Die Entscheidung, in der Verstaatlichten Industrie mehr Waffen zu produzieren, wurde vor allem vor dem Hintergrund der Vollbeschäftigungspolitik getroffen. Prominentestes Beispiel war die VOEST-Tochterfirma Noricum. Um eine große Gießerei in Liezen zu sichern, wurde sie auf die Produktion schwerer Artillerie umgerüstet. Unter Umgehung der Exportbestimmungen wurde in weiterer Folge über Libyen und Jordanien an beide Kriegsparteien des Iran-Irak-Kriegs geliefert. Der Noricum-Skandal erschütterte über Jahre die österreichische Innenpolitik. Die Unsicherheiten im Export sowie die Transformation der Verstaatlichten Industrie führten letztlich dazu, dass das Engagement in der Rüstungsindustrie wieder zurückgefahren bzw. wirtschaftlich irrelevant wurde.

Wer profitiert vom Rüstungsboom?

Die gestiegenen Militärausgaben führen zu massiven Umsatzsteigerungen der Rüstungsindustrie. Insbesondere Industrie-Schwergewichte wie Rheinmetall oder Leonardo profitieren massiv. Rheinmetall hat seinen Konzernumsatz 2025 um 29 % auf fast 10 Mrd. Euro steigern können, mit einer operativen Gewinnmarge von 18,5 % (Rheinmetall 2026). Größter Einzelaktionär von Rheinmetall mit einem Aktienanteil von 7,3 % ist derzeit die Fondsgesellschaft BlackRock, die sowohl Privatvermögen als auch kapitalgedeckte Pensionen verwaltet (boerse.de 2026). Die frühere Panzerproduktion der Steyr-Daimler-Puch ist heute im Besitz des US-Konzerns General Dynamics, der größtenteils ebenfalls Fondsgesellschaften gehört. Steyr Arms gehört zu 100 % einer tschechischen Investorengruppe. Hirtenberger gehört inzwischen zu 49 % dem reichsten Mann Tschechiens, Michal Strnad, der mit Munitionsproduktion für die Ukraine reich geworden ist (NewsFlix 2026). Die Familie Glock gehört mit einem Milliardenvermögen zu den reichsten Familien Österreichs, die untereinander gut vernetzt sind und ihr Vermögen auch für politische Einflussnahme nutzen (Griesebner/Pühringer 2026; Pühringer et al. 2024).

Zwar steigert ein Rüstungsboom auch die inländische bzw. europäische Nachfrage, wie z. B. durch die Beschaffung von in Wien produzierten Radpanzern durch das österreichische Bundesheer. 2024 wurden in der europäischen Rüstungsindustrie (inkl. UK) von 633.000 Beschäftigten Güter im Wert von 183 Mrd. Euro produziert (Europäischer Rat 2026). In vielen Bereichen müssen Rüstungsgüter wie Waffensysteme und Munition jedoch aus Drittstaaten importiert werden. Damit erhöht

sich die Abhängigkeit von Importen vor allem aus den USA, solange europäische Produktions- und Forschungskapazitäten unterentwickelt sind.

Finanzmarktfonds, die vor dem Ukraine-Krieg auf Basis von ESG-Kriterien (environmental, social, and governance) Rüstungsaktien und -investitionen aus ihren Portfolios ausgeschlossen hatten, nehmen diese nun in steigendem Ausmaß auf (Bioy 2025). Vermögensverwalter wie die des Allianz-Konzerns rechtfertigen dies mit der angeblichen Notwendigkeit einer robusten Rüstungsindustrie für die Verteidigung und Sicherheit – und damit Nachhaltigkeit – Europas. Die Rüstungsfirmen müssten lediglich Sanktionen und Exportkontrollen einhalten und dürfen keine geächteten Waffen wie Streumunition, Landminen, Bio- oder Chemiewaffen produzieren – Atomwaffen werden hingegen nicht ausgeschlossen (Fair Finance Guide Deutschland 2025).

Generäle und Politiker:innen sind ebenfalls Profiteur:innen des Rüstungsbooms: Ein größeres Budget, mehr zu kommandierendes Personal und mehr Pressefotos mit Neuerwerbungen bringen mehr Macht und Status. Zudem gibt es illegale Möglichkeiten: Bei großen staatlichen Rüstungsaufträgen ist die Gefahr von Korruption nicht zu unterschätzen. Nicht zuletzt war die Beschaffung der letzten Generation von Jagdflugzeugen – der Eurofighter – von Vorwürfen von Schmiergeldzahlungen und undurchsichtigen Beschaffungsprozessen inklusive Gegengeschäften begleitet. Jedenfalls führen militärische Investitionen zu hohen Transaktionskosten, von denen Lobbyist:innen, Vertragsjurist:innen und andere hochspezialisierte Berufe besonders profitieren.

Gewerkschaften und Rüstungspolitik

Zunächst scheint es, dass sich Gewerkschaften beim Thema Aufrüstung in einem Zieldilemma befinden. Während Pazifismus, Solidarität und Internationalismus zentrale Werte der Arbeiter:innenbewegung sind, werden diese in Krisen- und Kriegszeiten häufig von Hoffnungen auf Beschäftigungssicherung oder nationalistischen Anwendungen überlagert. Im Kriegsszenario stehen der nationale Schulterschluss und die Kriegsziele über allem – umgekehrt kommen alle anderen gesellschaftlichen Ziele unter Druck und werden im Zweifelsfall vernachlässigt, massive arbeits- und menschenrechtliche Einschränkungen inklusive.

Die Einstellungen europäischer Gewerkschaften zu Rüstung und Verteidigung fallen je nach nationaler Tradition, ideologischer Positionierung und geopolitischer Situation der jeweiligen Länder unterschiedlich aus (Ribera Payá et al. 2025, 107 ff.): Einigkeit besteht darin, dass Friede, Demokratie und Menschenrechte übergeordnete Ziele bleiben und dass Sicherheit auch soziale Stabilität und ökonomische Sicherheit inkludieren müsse. Gestiegene Rüstungsausgaben dürfen nicht in

Austerität und Sozialkürzungen münden; insbesondere österreichische Gewerkschaften betonen, dass untere Einkommensschichten nicht zusätzlich betroffen sein dürfen. Das heißt: Steigende Militärausgaben müssen im Budget gegenfinanziert werden, z. B. durch vermögensbezogene Steuern. Einigkeit besteht zudem darin, dass die Arbeitsbedingungen von Militärangehörigen und Beschäftigten in der Verteidigungsindustrie verbessert werden müssen. In der Frage der Aufrüstung an sich gehen die Meinungen jedoch auseinander. Tendenziell stehen Gewerkschaften in Westeuropa, insbesondere in südlichen postfaschistischen Gesellschaften, gestiegenen Militärausgaben kritischer gegenüber und betonen nicht nur ihre Risiken für den Wohlfahrtsstaat oder für den Kampf gegen die Klimakrise, sondern auch ihr Potenzial für mehr Konflikte durch Waffenexporte, Pfadabhängigkeiten und die Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes. Dementsprechend fordern sie auch Maßnahmen zur Umsetzung der Vision, die Rüstungsindustrie in nicht gewinnorientierte öffentliche Unternehmen umzuwandeln. Einzelne Gewerkschaften versuchen sogar, durch Blockadeaktionen Waffenexporte an kriegsführende Staaten zu verhindern, wie zuletzt in französischen, griechischen und italienischen Häfen. Eine Ausnahme sind die Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern, die militärischen Fragen aufgeschlossener gegenüberstehen. Gewerkschaften in Osteuropa bzw. Ländern, die näher an Russland liegen, betonen die Notwendigkeit, Rüstungsausgaben zu steigern.

Eine besondere Schwierigkeit für Gewerkschaften ist der Umstand, dass Rüstungsbetriebe freilich auch Beschäftigte haben, noch dazu mit tendenziell besseren Bedingungen inklusive höherer Löhne. Steigende Rüstungsausgaben bedeuten daher immer auch Möglichkeiten. Diese Einzelinteressen, die breiter ausstrahlen können, sind gewerkschaftlich mit den kollektiven Interessen abzuwägen. Solange die Finanzierung steigender Rüstungsausgaben jedoch unklar oder im Rahmen der EU-Fiskalregeln bleibt, drohen im Klima- und Sozialbereich Austerität.

Die jüngere Forschung relativiert allerdings die Einzelinteressen auf psychologischer Ebene, da Beschäftigte im Rüstungssektor aufgrund der damit verbundenen sozialen und ökologischen Schäden Unbehagen über ihre Branche äußern. Manche Beschäftigte begrüßen daher eine teilweise oder vollständige Umstellung des Sektors vom Verteidigungs- zum Zivissektor (Bell et al. 2024).

Und schließlich bleibt die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung von Soldat:innen selbst häufig unterbeleuchtet. Während österreichische Soldat:innen der Bundesheergewerkschaft der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) beitreten können, ist dies vielen Soldat:innen weltweit verwehrt. In Europa können Soldat:innen lediglich in Finnland, Norwegen, Slowenien, Schweden und der Schweiz branchenspezifischen Gewerkschaften und in Deutschland und Malta allgemeinen Gewerkschaften beitreten (Atkins et al. 2021).

Conclusio

Österreich hat jahrzehntelang von einer Neutralitätsdividende profitiert. Kriegerische Auseinandersetzungen fanden in der Vergangenheit zwar auch in der direkten Nachbarschaft statt, wie bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 oder während der Jugoslawienkriege in den 1990er-Jahren. Eine ernsthafte militärische Bedrohung für Österreich wurde jedoch bis vor wenigen Jahren als unrealistisch eingeschätzt.

Mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine hat sich der Diskurs vor allem auf EU-Ebene verschoben. Trotz hoher Militärausgaben, die jene Russlands bei Weitem übersteigen, hat sich der Fokus der EU-Politik in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen hin zu Aufrüstung verschoben. In Kombination mit der Rückkehr des Wettbewerbsdiskurses kommen Agenden eines sozialen oder ökologischen Europas damit zunehmend unter die Räder – auch weil der Militärssektor äußerst klimaschädlich ist: Neben der direkten Umwelt- und Bodenbelastung von Kriegen und Militärübungen könnte er selbst für bis zu 5,5 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sein (Parkinson/Cottrell 2022).

Argumentiert wird die Aufrüstung neben ihrer Abschreckungswirkung und der Verteidigungsbereitschaft auch mit Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen sowie der Förderung der Innovation. Dabei sind die Wachstums- und Beschäftigungsimpulse von Rüstungsausgaben im Durchschnitt niedrig, insbesondere dann, wenn industrielle Kapazitäten beschränkt sind, viele Ausgaben für Importe verwendet werden und Ausschreibungen häufig intransparent ablaufen. Zudem finden die gestiegenen Rüstungsausgaben im weiterhin engen Korsett der EU-Fiskalregeln statt, die den Druck auf die Sozialausgaben erheblich erhöhen. Dieser Druck wird zwar kurzfristig durch die Ausweichklausel bis 2028 noch abgeschwächt, wird sich aber spätestens ab 2029 durch reale Kürzungen bei anderen Investitionen oder Sozialausgaben materialisieren – zumindest sofern es zu keiner entsprechenden Erhöhung der Abgaben kommt. Von Kürzungen würden wesentliche negative Beschäftigungseffekte ausgehen, die allfällige positive Effekte der Aufrüstung jedenfalls überstiegen.

Zentraler Aspekt von steigenden Militärausgaben ist auch die ungleiche Verteilung ihres Nutzens. Während die Profite insbesondere privater Rüstungskonzerne massiv steigen, treffen Kürzungen in anderen Bereichen des Staatshaushalts die breite Mehrheit der Bevölkerung, in der Regel aber insbesondere auch Frauen (Schratzentaller et al. 2026). Es ist daher essenziell, dass sich abzeichnende dauerhafte höhere Verteidigungsetats auch dauerhaft gegenfinanziert werden – durch eine Vermögenssteuer für Millionär:innen: Sie hätten im Kriegsfall materiell viel zu verlieren und profitieren bereits jetzt zum Teil direkt von den Ausschüttungen

der Rüstungskonzerne sowie den Zinseinkommen aus Staatsschulden, die für die bisherige Aufrüstung zusätzlich aufgenommen wurden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die aktuelle Lage nur ein scheinbares Dilemma. Der Fokus der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte auf sozialer Sicherheit, guter Beschäftigung und einer erfolgreichen Bewältigung der sozialökologischen Transformation liegen. Zivile technologische Forschung, die hohe Spillover-Effekte erzielen kann, sollte gestärkt werden. Wird Aufrüstung demokratisch gewünscht, müssen dennoch die Verteilungswirkungen beachtet werden. Steigende Rüstungsausgaben bei gleichzeitigen öffentlichen Kürzungen im Sozial- oder Klimabereich und eine öffentliche Subvention der Profite privater Rüstungskonzerne sind eine Bedrohung für die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen – und würden dann zumindest eine Gegenfinanzierung durch eine Vermögenssteuer für Millionär:innen erfordern. Waffenkäufe zur Abschreckung und Waffenexporte (inklusive Dual-Use-Gütern) für den Einsatz in Kriegsgebieten laufen zudem den pazifistischen, solidarischen und internationalistischen Grundwerten der Arbeiter:innenbewegung zuwider. Stattdessen sollte über Alternativen zur Stärkung der Neutralität diskutiert werden.

LITERATUR

- Allio, Renata (2020).** Der ökonomische Nutzen von Krieg und Rüstungsproduktion. PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 50 (201), 573–591. <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i201.1922>.
- Arnold, Tom (2025).** Waffenhersteller Österreich: Rüstungsindustrie in Österreich: Die mächtigsten Unternehmen im Porträt. INDUSTRIEMAGAZIN. Online verfügbar unter <https://industriemagazin.at/news/ruestungsindustrie-in-oesterreich-die-maechtigsten-ruestungsunternehmen/> (abgerufen am 20.07.2026).
- Atkins, Susan/Drumbl, Mark A./Duxbury, Alison/Hillman, Beth/Jacob, Emmanuel/Leigh, Ian/Liivoja, Rain/McDermott, William/Reilly, Marissa/Naumanen, Jonna/Sapiezyńska, Ewa/Toivanen, Reetta (2021).** Human rights of armed forces personnel: compendium of standards, good practices and recommendations. Warsaw, OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR).
- Bell, Karen/Price, Vivian/McLoughlin, Keith/Pemberton, Miriam (2024).** Converting the United States and United Kingdom defence sector to civil production: The views of defence workers. Peace & Change 49 (2), 101–123. <https://doi.org/10.1111/pech.12648>.
- Bioy, Hortense (2025).** EU ESG Funds' Exposure to Defense Continues to Increase. *sustainalytics.com*. Online verfügbar unter <https://www.sustainalytics.com/esg-research/resource/investors-esg-blog/eu-esg-funds-exposure-to-defense-continues-to-increase> (abgerufen am 20.07.2026).
- boerse.de (2026).** Rheinmetall Aktiengesellschaft Profil. *boerse.de*. Online verfügbar unter <https://www.boerse.de/unternehmensprofil/Rheinmetall-Aktie/DE0007030009> (abgerufen am 20.07.2026).
- Bundeskanzleramt (2025).** Regierungsprogramm 2025–2029. Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. Online verfügbar unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html> (abgerufen am 20.07.2026).

Bundesministerium für Landesverteidigung (2025). Landesverteidigungsbericht 2024/2025. Wien.

Europäischer Rat (2026). Die Verteidigung der EU in Zahlen. Consilium. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/defence-numbers/> (abgerufen am 20.07.2026).

Europäischer Rat (2025). Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, 6. März 2025. Wichtigste Ergebnisse. Consilium. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2025/03/06/> (abgerufen am 20.07.2026).

European Defence Agency (2025). Defence data 2024–2025. LU, Publications Office.

Fair Finance Guide Deutschland (2025). Allianz Hauptversammlung 2025: Unsere Fragen zu Rüstung und Staatsanleihen. Fair Finance Guide Deutschland. Online verfügbar unter <https://fairfinanceguide.de/ffg-d-aktuelles/aktuell/2025/allianz-hauptversammlung-2025-unsere-fragen-zu-ruestung-und-staatsanleihen/> (abgerufen am 20.07.2026).

Federle, Jonathan/Meier, André/Müller, Gernot J./Mutschler, Willi/Schularick, Moritz (2026). The Price of War. American Economic Review 116 (3), 791–827. <https://doi.org/10.1257/aer.20241355>.

Feigl, Georg/Beran, Sarah/Schimmerl, Johannes/Witzani-Haim, Daniel (2026). Analyse des Doppelbudgets 2027/28: Die Konsolidierung geht weiter. MWuG – Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft (276). Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Griesebner, Teresa/Pühringer, Stephan (2026). Superreiche in Österreich und ihre Netzwerke der Interessensdurchsetzung. MWuG – Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft (271). Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Gruber, Aaron (2026). Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Außenwirtschaftsgesetz 2011 geändert wird (Sicherheitsexport-Gesetz – SichEx-G); Konsultationsmechanismus; Begutachtungsverfahren.

Keynes, John Maynard (1940). How to Pay for the War: A Radical Plan for the Chancellor of the Exchequer. Harcourt, Brace.

Krebs, Tom/Kaczmarczyk, Patrick (2025). Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland. Universität Mannheim.

Löw, Raimund (2025). Rüstungsindustrie: Österreichische Motoren in Kampfdrohnen über Gaza? FALTER.maily vom 21.08.2025. Online verfügbar unter <https://www.falter.at/maily/20250821/oesterreichische-motoren-in-kampfdrohnen-ueber-gaza> (abgerufen am 20.07.2026).

NewsFlix (2026). Superreich dank Krieg, nun kaufte 33-Jähriger in Österreich ein – Expertise. NewsFlix.at. Online verfügbar unter <https://www.newsflix.at/s/superreich-dank-krieg-nun-kaufte-33-jaehriger-in-oesterreich-ein-120179978> (abgerufen am 20.07.2026).

Obinger, Herbert (2018). War Preparation, Warfare, and the Welfare State in Austria. In: Herbert Obinger/Klaus Petersen/Peter Starke (Hg.). Warfare and welfare: military conflict and welfare state development in Western countries. Oxford, Oxford University Press.

ORF (2025). Kauf von zwölf Leonardo-Kampffjets fixiert. news.ORF.at vom 29.11.2025. Online verfügbar unter <https://orf.at/stories/3412910/> (abgerufen am 20.07.2026).

Parkinson, Stuart/Cottrell, Linsey (2022). Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions. Scientists for Global Responsibility (SGR) and the Conflict and Environment Observatory (CEOBS).

Pühringer, Stephan/Aistleitner, Matthias/Cserjan, Lukas/Hieselmayr, Sophie/Weber, Jakob (2024). Idiosyncrasies of the superrich: on the political economy of wealth concentration in Austria. MWuG – Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft (254). Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Rheinmetall (2026). Finanzbericht: Geschäftszahlen 2025 – Rheinmetall bleibt auf Erfolgskurs. Online verfügbar unter <https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2026/03/2026-03-11-rheinmetall-bilanzvorlage-geschaeftsjahr-2025> (abgerufen am 20.07.2026).

Ribera Payá, Pablo/Barredo González, Paula/European Economic and Social Committee (Hg.) (2025). Defence in the European Union: policy supporting paper for the Workers' Group. Luxembourg: Publications Office.

Riegler, Thomas (2016). „Macht's es unter der Tuchent“: Die Waffengeschäfte der österreichischen Verstaatlichten Industrie und der Noricum-Skandal. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64 (1), 99–137. <https://doi.org/10.1515/vfzg-2016-0004>.

Schratzenstaller, Margit/Bock-Schappelwein, Julia/Mayerhuber, Christine (2026). Gleichstellungswirkungen von Budgetkonsolidierungen. Wien, WIFO.

Serfati, Claude (2025). Europäische Kriegsdividenden ... aber für wen? Kurswechsel 3/2025.

The New Union Post (2026). The size of NATO and non-NATO military forces in Europe. Online verfügbar unter <https://newunionpost.eu/2026/04/17/size-nato-armies-europe-infographic/> (abgerufen am 20.07.2026).

